

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Rudolf, Dresden  
und Schriftf. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und Zeit und Zeit für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Schäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Schäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebote  
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 172

Dresden, Dienstag den 27. Juli 1926

37. Jahrg.

## Renegaten

Man kann Wandlungen der Anschauung durchmachen und dabei ein durchaus anständiger Mensch sein. Aber die meisten Renegaten, die Abtrünnigen und Ueberläufer geistlichen Schlags, sind etwas anderes. Sie haben bei allen Parteien und zu allen Zeiten einen gemeinsamen charakteristischen Zug aufweisen: Sowie sie das Nest, in dem sie groß wurden, verlassen haben, beschmutzen sie es, plaudern Unausgesprochenes, das sie in Parteienfächern aufschnappten, behaupten Verrat nach Art der Malheurweiber.

Gerade den sächsischen Arbeitern sind diese Sorte Renegaten hinreichend bekannt, denn die sächsischen Sozialdemokraten haben dieses Ueberläufertum in ihren Bezirken mehrmals erlebt. Als vor mehr denn 20 Jahren die Friede und Ruhigkeit zu den Feinden der organisierten Arbeiterbewegung überliefen, warteten sie der Öffentlichkeit mit „Erinnerungen“ auf, in denen sie ihre ehemalige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie beschilderten und bekehrten. Als der saubere Herr Roth aus der Leitung des Buchbinderverbandes ins gegnerische Lager hinüberzuckte und Syndikus der Deutschen Volkspartei wurde, plauderte er aus, was er hinter den Kulissen der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gesehen. Diese Sorte Memoirliteratur ist fast immer belanglos gewesen, aber die Feinde der Arbeiterbewegung nutzten sie so zu fröhlichen, als ob es wirkliche Enthüllungen wären und ließen sich deren politische Ausschloßung waschen.

Als die Fraktion der Dreiundzwanzig sich von der Sozialdemokratie spaltete, warteten einige ihrer Führer nach berühmten Mustern selbstverständlich mit „Erinnerungen“ auf. Herr Kühn wählte der Öffentlichkeit zu berichten, daß in der Novemberzeit 1918 der oder jener Sozialdemokrat oder Redakteur der Dresdner Volkszeitung aus den Spionagefächern gelassen sei. Fabelhaft, nicht wahr? — Das alles wurde der bürgerlichen Presse verzerrt und in den Kolonnen entstellte dargestellt. Die fürchte sich dankbar auf das Fressen. Ein anderer Dreiundzwanziger klatschte — in ihrem Mittelschichten und in der Staatszeitung — internas aus sozialdemokratischen Sitzungen um die Zeit des Mathienausbes, als die Beratungen darum gingen, ob sich sozialdemokratische Führer bei einem völkischen Wuttsch dabei ausheben lassen sollten oder ob es richtiger wäre, wenn sie es ihren Gegnern weniger leicht machten und den bewaffneten Widerstand organisierten. Wiederrum verzerrte und entstellte der edle Renegat die Motive, um den Vorwurf der Feigheit herabzusetzen zu können, und wiederum fürchte sich die bürgerliche Presse dankbar auf das Futter.

Wir haben darauf verzichtet, auf diese Beschimpfungen, Verzerrungen, Verdrehungen, Unwahrheiten und Berrücktheiten einzugehen. Wir hätten es leicht gehabt, könnten mit anderen Darstellungen aufwarten, könnten nachweisen, wie so mancher der Anhänger dieser Fraktion Größenwahn jene Maßnahmen oder Vorschläge billigte, die in gewissen kritischen Zeiten von den Genossen für nötig gehalten wurden und deren Motive notorische Dreifelder heute mit ihrer sauberen Denkart zu befeindeten jucken. Oder wir könnten darinnen, wie manhaft manche dieser dreiundzwanzig Helden ihren Namen zu füllen suchten — einst im Mai, als sie in den Regalstiefeln radikaler Demagogen dahergingen; wie ein Herr Kühn die Mordanschlag des damaligen Abgeordneten Gradnauer bezeugte, um ihn, der fern von Madrid weilt und sich nicht verteidigen konnte, von einem Kübel in einer eilig einberufenen Kreisversammlung politisch so abzuschleudern zu lassen, daß selbst mancher sozialdemokratische Gegner Gradnauers sich selbst mancher sozialdemokratische Brandmarke. Herr Kühn konnte auch erzählen, wie er und feinesgleichen das Kabinett Gradnauer — Ublig bekämpften, weil es auch ihnen, den „Staatspolitikern“ von heute, zu gemähigt war. Als die beiden Genossen infolge dessen abtraten, wurde Herr Kühn — sächsischer Innenminister. Wollten wir die Verdächtigungs- methoden der dreiundzwanzig Abtrünnigen nachahmen, müßten wir hier den Finger heben: Werft ihr was? Werft ihr, welche ehlen Motive den Herrn Soudo trieben?

Oder wir könnten einmal näher darlegen, wie diese „Staatspolitikern“, denen heute das Zusammengehen mit unversöhnlichen Parteien und das faule Kompromiß zum Evangelium geworden, einst 1923 gegen Professor Dr. Böhm, damals Chef der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei, arbeiteten. Herr Buch, damals Ministerpräsident, war einiges darüber zu sagen, wie Herr Robert Albert sich dieses Material in der Fraktion verarbeitete, um den bürgerlichen Mann von seinem Posten zu drängen. Und dabei war dieser Professor Böhm auch für die Sozialdemokratie ein politisch durchaus erträglicher und sachlich tüchtiger Nachrichtenstempel. Als er schließlich gehen mußte, nahm es Robert Albert dem Ministerpräsidenten Zieger sehr übel, daß er ablehnte, was auch Herr Buch abgelehnt hatte, nämlich Herrn Robert Albert zum Nachrichtenstempel zu bestellen. Wollten wir die Verdächtigungsrezepte der Dreiundzwanzig anwenden, was ließe sich über den Kampf der Albert und Böhm gegen Böhm sagen!

Aber gerade diese Leute, die den politischen Kampf gegen uns mit dem oberflächlichsten Memoirlatich verungewen, setzen über nichts lieber als über die „persönliche, selbstliche Kampfmethode“ — der andern. Wir schreiben zu

Riefisch, der neuen NSD-Verste, nationalsozialistischem Bekenntnis: „Im nationalsozialistischen Sinne, einer Zeitschrift, der peinliche Beziehungen zu kapitalistischen Geldgebern nachgefragt wurden, hat er mehrfach Artikel geschrieben, die mit Sozialismus und Sozialdemokratie nur noch wenig zu tun hatten. Herr Riefisch glaubt wahrscheinlich ein origineller Kopf zu sein, der das neueste Rezept zur „Befreiung der Arbeiterklasse“ entdeckt. In der Tat, originell — diese Gedankengänge der Riefisch e u, die den deutschen Arbeiter ja auch zur Empörung gegen den französischen, englischen und amerikanischen Kapitalismus aufzufächern möchten. Nur vom deutschen Kapital wird wenig geredet, das wird genommen...“

Dem Blättchen der Dreiundzwanzig ist das zu vorzüglich ausgedrückt; es ist darob unzufrieden mit uns. Wir wollen also deutlicher werden, um klarzumachen, was wir meinen: Einer der materiellen und geistlichen Inspiratoren jener somolen „sozialistischen Rundschau“ Frau war Karl Erdmann. Die Chemnitzer Volksstimme schreibt dazu:

Hinter Riefisch steht Karl Erdmann, der einmal, als die Partei zum Kampfe gegen rechts rief, dem Partei-

vorstand 2 Millionen Mark anbot, wenn diese Partei geändert und der Kampf gegen links aufgenommen würde. Worauf ihn der alte Adolf Braun in seiner eigenen groben Weise sagte, daß die Sozialdemokratische Partei kein politischer Erbdöller laden sei; eine Ehrfurcht, die Herr Erdmann bis heute noch nicht verfehlt hat.

Es gruppieren sich noch einige „Staatspolitikern“ um diese Leute herum. Da ist noch der frühere Sozialdemokrat Robert Albert, der ja auch in der NSD, eine Rolle spielt und aus der Partei ausgeschlossen wurde wegen seiner namlosen Broschüre gegen den Achtundzentaag. Diese Broschüre wurde von Karl Erdmann, der als Verbindungsmann zum deutschen Kapitalismus auftritt, mit 50 000 Exemplaren in die Betriebe geworfen. Wer sie bezahlt hat? Die Generaldirektoren werden es wissen...!

Wir wissen nicht, wie weit Herr Riefisch über die rüch- wärtigen Verbindungen des Frau unterrichtet war. Wir wissen nur, daß er ihm treu blieb, als der Skandal längst öffentlich diskuliert wurde. Wir halten uns in dieser Hinsicht auch nicht an die persönliche Seite der Sache sondern legen ganz allgemein: Es gehört zum Wesen solcher ich ein sozialistischer Abplittergruppen, daß sich der Kapitalismus lebhaft und tatkräftig

## Geständnisse zum Volksofferstandal

Die Verurteilung vor dem Landgericht — Weiskner und Köppler sind geständig! — War General Müller Mitwisser? — Volksoffergelder für die Schwarze Reichswehr?

Vor nahezu vier Monaten, nämlich in den letzten Tagen des März und den ersten des Aprils, gelangte am Münchner Platz der Volksofferstandal zur Verhandlung. Als Hauptbeschuldigte galten Dr. Walter Weiskner und Hauptmann a. D. Paul Adolf Köppler, als Mitangeklagte der Buchhalter und Kassierer Grindel und die Kontoristin Langguth. Die einzelnen Gräueltaten des Prozesses, der einen nationalen Sumpf ohne gleichen aufzeigte, sind noch in aller Erinnerung; Weiskner und Köppler hatten als Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführer des sächsischen Volksoffers, jener von General Müller und andern Interessierten ins Leben gerufenen Gründung, Summen im Gesamt- betrage von rund 130 000 Mark unterschlagen und sie zum größten Teile an sogenannte vaterländische Kreise gegeben. Unterstellt wurden von dem Gelde insbesondere der von Weiskner mitbegründete Nationale Klub, der Wirtschaftliche Nachrichten des Verbandes sächsischer Industriellen, der sogenannte vaterländische Hilfsdienst, der Jungbau, der Bismarck, der Stahlhelm, der Hochachtung deutscher Art, die Liga zum Schutze der deutschen Kultur und eine Reihe von Verhältnissen, die Weiskner oder Köppler sonst nahestanden.

Am Schluß des Prozesses wurden wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung verurteilt: Weiskner zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust, Köppler zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust, Grindel erhielt wegen Beihilfe zur Untreue und Unterschlagung und wegen gemeinschaftlicher Urkundenfälschung 8 Monate Gefängnis, Fr. Langguth wegen Urkundenfälschung an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von 2 Wochen eine Geldstrafe von 70 Mark.

Wegen dieses Urteils wurde die Sitzung durch die Richterführung über das erstinstanzliche Urteil und dessen Gründe, Neben- schluß, die Vernehmung der Angeklagten zur Person. Sie schloß sich die Vernehmung des Angeklagten, und Weiskner schloß dabei wieder die lange Reihe seiner ehemaligen Kamerad auf: Geschäftsführer im Industriellenverband, 2. Vorsitzender der vaterländischen Verbände, Leiter des Wirtschaftlichen Nachrichtenendienstes, Sachverständiger der Deutschen Volkspartei und des Nationalen Klubs, Hauptgeschäftsführer im Volksoffer. Er sprach auch wieder von seiner politischen Betätigung, die besonders auf den engen Zusammenhang der nationalen Verbände und auf die bekannte nationale Untermauerung Sachiens nach Aufhebung des Ausnahmezustandes gerichtet gewesen ist. Der Staatsanwalt richtete an Weiskner die Frage, ob er noch immer behaupten wolle, daß er feiner- zeit während des Krieges in England gewesen wäre. Weiskner hatte dort, wie er früher versichert, unter Lebensgefahr viele Stunden im Schlamme des englischen Kanals gesteckt. Doch siehe da: der Ankläger beantwortete die Frage Dr. Stenbts mit einem Nein! Der Aufenthalt in England sei von ihm eine „frankhafte Einbildung“ gewesen.

Aus Köpplers Vernehmung ging nun hervor, daß er sich einmal an der Spitze mit Enghilf angeht und dabei zwei Jahre schraubt habe. Grindel wollte einmal an Melanthe gelitten haben, und zwar infolge familiären Umständen.

Nach Vernehmung der persönlichen Angehörigen erhielt der Volksofferprozeß schließlich eine neue Wendung.

Weiskner sollte sich nun verlesen lassen, erkläre und wurde gefragt, ob er sich heute schuldig bekennen wolle. Weiskner antwortete: „Ja wohl!“

Vorsitzender: „Was heißt das heißt bis kurz vor der heutigen Verhandlung haben Sie die rechtswidrige Ver- wendung der Volksoffergelder bestritten, vor kurzem aber ein Geständnis abgelegt. Sie wollen dieses Geständnis also heute widerrufen?“ Weiskner bejahte. Vorsitzender: „Sie...“

Mark für andre als für die vorgesehenen Zwecke aus dem Volksoffer verwendet worden sind?“ Weiskner: „Ja wohl!“ Der Angeklagte fügte hinzu, er gebe zu, die im Urteil bezeich- neten Summen an den Nationalen Klub, den vaterländischen Hilfsdienst, an den Jungbau, den Bismarck und den Stahlhelm gegeben zu haben. Ein Betrag von 10 000 Mark, der von der Deutschen Reichswehr in Berlin gestammt habe, sei gleich nach Empfang ebenfalls für „vaterländische Zwecke“ verwendet worden.

Der Vorsitzende erwiderte nunmehr um eine nähere Schilderung des Vorgangs. Weiskner begann mit einer Schilderung der Lehrenahme des Volksoffers durch ihn. Er sei damals durch seine vielen Kameraden überläßt gewesen und habe deshalb das neue Amt zunächst nicht annehmen wollen. Die Einrichtung des Volksoffers wäre damals als völlig verfahrenes Ende, als vol- lständiges Tobenwoben von ihm vorgefunden worden. Schon nach kurzer Zeit des Arbeitens habe er gesehen, daß er allein nicht fertig werden könne, weshalb dann Köppler beigegeben worden sei. Verantwortlich für alle Ausgaben aus dem Volksoffer wäre er, Weiskner, gewesen. Wenn zu zahlen war, gab er Köppler die ent- sprechenden Anweisungen. More Richtlinien seien wohl nicht an Weiskner gegeben worden. Allerdings wäre auch nicht davon gesprochen worden, daß das Volksoffer Darlehen aufnehmen dürfte. Die erste Vernehmung datierte vom Februar 1924. Damals habe er wohl 1000 M. für einen persönlichen Aufenthalt in einem Sanatorium zu Schreiberhau entnommen, der auch im Interesse einer Geschäftsführung im Volksoffer gelegen hätte. Eine zweite Summe sei wohl dann aus eigenen Mitteln bestritten worden. Dann kam die Gründung des Nationalen Klubs. Die Tendenzen, die ihn, Weiskner, dabei geleitet hätten, wären dahingegangen, nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes das Land durch Peranbildung einer nationalen Führerschaft national zu untermauern. Er habe sehr bald gesehen, daß die Ein- nahmen des Klubs für die Bezahlung der Ausgaben nicht aus- reichten. Zunächst habe er deshalb an eine nur vorläufige Ent- nahme von Volksoffergeldern gedacht, das durch Umlege bei den Klub- mitgliedern später gedeckt werden sollte. So sei mit der Zu- führung von Geldern an den Klub begonnen worden. Der Betrag von 27 000 M. erkläre ihm sehr hoch, doch werde er wohl stimmen. Er sei von der Gründung des Klubs bis Anfang März 1925, also über ein Jahr lang, noch und noch gegeben worden. Köppler habe von den Zahlungen gewußt, da Weiskner ja ihm die Anordnungen erteilt hätte. Köppler gab an, von der Verwendung des Geldes tatsächlich gewußt zu haben.

Der Vorsitzende machte Köppler Vorhalte, weshalb er nicht, etwa an General Müller, Meldung erteilt hätte. Da er Weiskner: „Ich war der Lehrgang, und bin dieser Lehrgang zum Teil noch heute, daß General Müller von der Din- gabe von Geldern an den Klub und für vaterländische Zwecke gewußt hat!“ Er glaube aber nicht, daß Müller einverstanden gewesen sei.

Weiskner verteidigte hierauf den General und bezeichnete Köpplers Meinung als einen Irrtum. Köppler erwiderte hierauf, General Müller habe wohl selbst aus, wie er, Köppler, glaube, 10 000 M. aus dem Volksoffer, und zwar für die Schwarze Reichswehr, entnommen!

Weiskner protestierte auch Hergegen und sagt, eine schwarze Reichswehr habe es nicht gegeben! Das Geld sei von Major Uth entnommen worden, und war für die Unterführung entlassener Reichswehrangehöriger.

Köppler bestritt das — für solche Entlassene habe das Geld nicht gedient.

„Sondern?“ fragt der Vorsitzende.

Köppler verweigert jetzt die Auskunft. Dr. Reijssauer will darauf bestehen, daß Uth als Zeuge gehört werde. Da Vorsitzende teilt den Inhalt eines Telegramms mit, wonach der zehnjährige Major Uth in Wien verunglückt sei und daher nicht erscheinen könne.

Der Vorsitzende will aber eventuell als wahr unterstellen, daß die Reichswehr ein Darlehen erhielt, und er fügte den erkranklichen Satz hinzu: Es wäre doch ein großer Missetat, ob Darlehen an die Reichswehr oder aber an persönliche Bekannte gegeben wurden, da das Geld im ersten Falle doch sicher geblieben sein würde, während eben in den andern Fällen solche Gelderheiten nicht vor- lagen!!!

Die Verhandlung dauert fort. Wir berichten weiter...“

Stim und Drama

19. 7. 26